



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn
Dr. Robert Habeck MdB
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

- Per E-Mail -

Berlin, 19. September 2024

Sehr geehrter Herr Bundesminister, lieber Robert,

unsere Automobilindustrie ist seit jeher die Kernindustrie unseres Landes. Nun steht sie unter erheblichem Regulierungsdruck. Die CO₂-Flottenregulierung der EU bestimmt seit nunmehr fünf Jahren das Handeln in der Branche, die erhebliche Anstrengungen, Investitionen und Innovationen unternommen hat. Es zeigt sich aber seit Längerem, dass damit unserer Kernindustrie mehr geschadet als geholfen wird, denn die Ziele bzw. Sanktionen sind in dem gesetzten Zeitraum überambitioniert. Mit dem kommenden Jahr 2025 werden nun Strafzahlungen fällig, wenn die Neuwagen-Flotte eines Herstellers 93,6 Gramm CO₂ pro Kilometer überschreitet. Für jeden Gramm darüber wird eine Strafe von 95 Euro pro in der EU verkauften Neuwagen fällig. Damit betragen laut Hochrechnungen die Strafzahlungen für die europäische Automobilindustrie bis zu 15 Milliarden Euro.

Die Automobilindustrie kann trotz angepasster Strategien und zusätzlicher Milliarden-Investitionen in die Elektromobilität die Grenzwerte ab 2025 realistischweise nicht erreichen. Die Rahmenbedingungen verhindern den schnellen Hochlauf und die Akzeptanz der Elektromobilität. Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität wird nur erreicht, wenn die Infrastruktur flächendeckende Versorgung gewährleistet, die bürokratischen Belastungen sinken, die hohen Energiekosten reduziert werden und Fördermodelle für Käufer verlässlich und planbar sind. Eine Nachfrage nach E-Autos lässt sich nicht politisch herbeireden.

Verantwortliche Politik agiert nicht in einem luftleeren Raum. Sie muss vom Machbaren ausgehen und sich veränderten Umständen anpassen, auch getroffene Entscheidungen korrigieren. Die drohenden Strafzahlungen treffen kein Land so hart, wie Deutschland! Es liegt daher auch in der Verantwortung des Ministers für Wirtschaft und Klimaschutz, hier klar Stellung zu beziehen,

Julia Klöckner MdB
Wirtschaftspolitische Sprecherin
Bundesministerin a.D.

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-73750

julia.kloeckner@bundestag.de
www.cdusu.de

Thomas Bareiß MdB
Verkehrspolitischer Sprecher

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-73783

thomas.bareiss@bundestag.de
www.cdusu.de

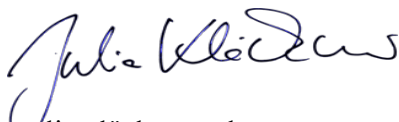
der heimischen Automobilindustrie Rückhalt zuzusichern und in Brüssel für eine Änderung zu kämpfen! Es braucht jetzt die Aussetzung und die Überarbeitung der Regulierung zur Flottenbegrenzung - mit einem realistischeren Ansatz anhand der aktuellen Erfahrungswerte.

Die schwierigen Bedingungen, mit denen die Industrie konfrontiert ist, sind bekannt – ein Ausharren bis 2026 oder sogar 2027, um dann erst eine Überprüfung vorzunehmen, bringt somit keinen Erkenntnisgewinn. Die zu ergreifenden Maßnahmen liegen auf der Hand und wurden zuletzt durch die von Mario Draghi geäußerte Deregulierungsoffensive unterstützt. Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Deutschland muss auf der EU-Ebene seine Interessen klar und deutlich artikulieren und einfordern!

Es dürfte auch im Interesse der Bundesregierung sein, dass durch die Regulierung der Automobilindustrie nicht der Eindruck entsteht, Regierungen seien nicht imstande, industriepolitische Realitäten zu erkennen. Wir müssen deshalb klar hinter unserer Kernindustrie stehen, es braucht dazu auch Technologieoffenheit. Solch eine regulatorische Sicherheit zahlt zudem auf die Standortattraktivität hierzulande ein und ist überfällig. Sonst verlieren weitere klimapolitische Vorhaben endgültig die Unterstützung der Industrie und letztlich auch der Bevölkerung. Unsere Hersteller müssen sich nach jahrelanger Kooperation mit der Politik auf Ihre Unterstützung verlassen können.

Wir bitten um eine zeitnahe Antwort und grüßen herzlich,

Ihre



Julia Klöckner MdB

Ihr



Thomas Bareiß MdB